

# „Landkreis schafft vollendete Tatsachen“

**HEMSBACH/LAUDENBACH.** „Triturus cristatus“ möchte am liebsten in Ruhe gelassen werden, wenn man ihn fragt. Doch zum einen fragt ihn keiner, zum anderen wird nun der Kammolch, wie das Tier im Volksmund heißt, Aufreger und Hoffnungsträger zugleich. Uli Sckerl, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, stellte sich der Kamm, als er auf den Baubeginn des zweiten Teilschnittes der Kreisverbindungsstraße (KVS) in Laudenbach zu sprechen kam. Beim traditionellen Neujahrsempfang der Grün-Bunten Liste Hemsbach äußerte der Politiker am Sonntag harsche Kritik an dem „Schaffen von vollendeten Tatsachen“, die durch den Bau der Bahnunterführung und Baustraßen nördlich von Laudenbach geschaffen worden seien.

Sckerl tat dies in gepflegter Atmosphäre: Mitglieder und Anhänger der Grünen hatten sich am Sonntag im Alten Rathaus in Hemsbach zu einem Gläschen Sekt getroffen. Sie bekamen von GBL-Sprecher und Stadtrat Thomas Embach einen Rückblick auf das politische Jahr 2008 und einen Ausblick auf das „Superwahljahr 2009“ und hatten mit Ida Jochim eine Bundespreisträgerin des Musikwettbewerbs „Jugend musiziert“ zur Gestaltung des Rahmenprogramms gewonnen. Zwischen sanft-gezipften Akkorden und virtuos Melodielaufen sprachen Embach und Sckerl zunächst über Grün-Politik auf lokaler Ebene.

Embach gab aus aktuellem Anlass eine Zusammenfassung der „unend-



Die Finanzkrise und die Kreisverbindungsstraße waren die beherrschenden Themen beim Neujahrsempfang der Grün-Bunten Liste. Unsere Aufnahme zeigt (von links) Stadtrat Thomas Embach, den Landtagsabgeordneten Uli Sckerl, Brita Embach, Karola Gerhardt, Michael Holz, Hana Hayden und Ulrike Morr. BILD: GUTSCHALK

lichen Geschichte“ der KVS, die im Jahre 1978 begann und Bürger, Gremien, Behörden und Gerichte beschäftigte. Dass Hemsbach vom Pendlerverkehr zu stark belastet ist, wird auch bei der Grün-Bunten Liste nicht bestritten. Allerdings wünscht sich die eine andere Lösung, die den Durchgangsverkehr ganz aus Hemsbach heraushält. „Dann wäre eine solche Straße nicht mehr nötig“, sagte Embach und fügte hinzu: „Wir hoffen auf die Vernunft des Kreises.“

Auf Kritik der Hemsbacher Grünen stößt vor allem, dass die geplan-

te Straße in Hemsbach durch Wohnbebauung verlaufen würde. In Laudenbach beeinträchtigte die Straße ein Gebiet, in der geschützte Kammolche lebten, Wasserlebewesen, die auf der Roten Liste bedrohter Tierarten geführt werden. Die Kreisverbindungsstraße habe möglicherweise eine gesetzeswidrige Trennwirkung für die Wanderbewegungen des Teilsiedlers, sagte Sckerl und betonte: „Artenvielfalt kann nicht beliebig reduziert werden.“

Sckerl zeigte sich darüber em-

pört, dass die Bauarbeiten in Laudenbach begonnen haben, ohne die Ergebnisse eines Gutachtens abzuwarten, das die Wanderbewegungen in der Laichzeit des Lurches untersucht. Er sieht darin einen „klaren Verstoß gegen europäisches und deutsches Recht“. Die Expertise könne nur nach der Laichzeit des Tieres erstellt werden und läge frühestens im Juni 2009 vor. Sckerl warf dem Rhein-Neckar-Kreis vor, „vollendete Tatsachen schaffen zu wollen“.

Der Landtagsabgeordnete ging

auch auf die bundes- und weltpolitische Situation ein, die im letzten Jahr vor allem durch die Wirtschaftskrise geprägt wurde. Sckerl wies darauf hin, dass sich der „oberflächliche Optimismus“, der von den anderen Parteien vertreten worden sei, letztlich nicht bewährt habe. Warnungen vor den Folgen des Klimawandels seien auf taube Ohren gestoßen, die günstige Konjunktur sei nicht zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel genutzt worden: „Für dieses Jahr sind die Prognosen ziemlich düster“, sagte der Landtagsabgeordnete, der die Bürger dazu aufforderte, das „Superwahljahr 2009“ zu nutzen, um grundsätzliche Weichenstellungen in Politik und Gesellschaft vorzunehmen.

## Regeln für Finanzmärkte

Sckerl erinnerte in diesem Zusammenhang an den GBL-Neujahrsempfang ein Jahr zuvor, an der bereits die Gefahren diskutiert worden seien, die durch die Verflechtung der hiesigen Landes- und Privatbanken mit den schlingernden US-Banken entstünden. „Eine unserer zentralen Forderungen war und ist die Einführung wirksamer Regeln und die Kontrolle der Finanzmärkte“, sagte Sckerl. Ein „Neuanfang in der Wirtschafts- und Finanzpolitik“ sei notwendig. Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales sowie eine konsequente Finanzmarktregulierung müssten im Kern einer neuen Politik stehen. u/

Zeitungsartikel aus den Weinheimer Nachrichten vom 27.01.2009